

# UTE VOGT

## INFORMIERT

Nr. 3

SPD

März 2021



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

dieses Mal will ich vor allem ganz herzlich gratulieren: [Katrin Steinhülb-Joos](#) hat eine schmerzliche Lücke geschlossen: die Stuttgarter SPD hat endlich wieder eine Vertreterin im Landtag! Das ist ein schöner Erfolg und das hat für uns ganz spät am Wahlabend das traurige Ergebnis der SPD im Land etwas in den Hintergrund rücken lassen. Nun sind wir gespannt, ob sich die Grünen von Inhalten leiten lassen oder doch lieber aus taktischen Gründen die Koalition mit der CDU beibehalten. Schade, dass Sarah Schlösser, Sascha Meßmer und Carsten Singer den Sprung ins Landesparlament nicht geschafft haben. Alle habe unter schwersten Bedingungen einen sehr engagierten Wahlkampf geführt. Dafür euch und allen Unterstützer:innen ein herzliches Dankeschön.

Solche Wahlkämpfe bilden die Grundlage für die weitere politische Arbeit. Denn nach der Wahl ist vor der Wahl und die Bundestagswahl naht in eiligen Schritten. Der Bundestag arbeitet auf Hochtouren, denn es sind nur noch wenige Monate Zeit, um wichtige Vorhaben auf den Weg zu bringen. Und die Stimmung in der Koalition wird ja nicht besser. Also werden Pakete gepackt und für jedes Thema, das man noch durchsetzen möchte, muss man auch an anderer Stelle nachgeben. Manchmal hilft uns das Tagesgeschehen. Beim Klimaschutzgesetz wäre es ohne Fridays for Future nur schwerlich vorangegangen. Nur der öffentliche Druck - und zum Teil wohl auch der Druck in den eigenen Familien - ließ die Union am Ende der verbindlichen Regelung mit Zielen für alle Sektoren zustimmen. Beim Lobbygesetz brach der Widerstand zuerst am Fall Amthor; wir konnten das Lobby-Kontroll-Gesetz einbringen. Aber kaum verebbte die öffentliche Aufmerksamkeit, da schalteten die Unionsverhandler:innen wieder auf stur und schoben die Verhandlungen von Woche zu Woche. Bis die große Welle über CDU und CSU hereingebrochen ist und nun kann ihnen die tatsächliche Verabschiedung nicht schnell genug gehen. Das erfüllt einen mit Verzweiflung, wenn es solche Skandale braucht, damit Selbstverständlichkeiten auf den Weg gebracht werden. Aber es macht uns auch fassungslos, wie einige raffgierige Kollegen hier den Ruf der Politik insgesamt kaputt machen. Das macht uns allen die Arbeit in Politik und Partei nicht einfacher. Umso wichtiger, dass die Menschen den Unterschied erkennen. Keine leichte Aufgabe nach der langen Zeit der Großen Koalition. Mit ein Grund, warum wir die Weichen früh gestellt haben. Das SPD-Wahlprogramm liegt im [Entwurf](#) vor und geht in die öffentliche Debatte. Da es diesmal nicht so ausführlich sein sollte, gibt es zudem zu vielen Themen weitere Extrabeschlüsse und Positionspapiere. Da ist für jeden was dabei - vor allem zur Diskussion! Unterschiedliche Meinungen sind wichtig, damit sich Neues entwickeln kann. Konzentrieren wir uns auf die Unterschiede zur politischen Konkurrenz und die Themen, die die Menschen in Stuttgart besonders bewegen. Dann können viele mitdiskutieren !

Herzliche Grüße

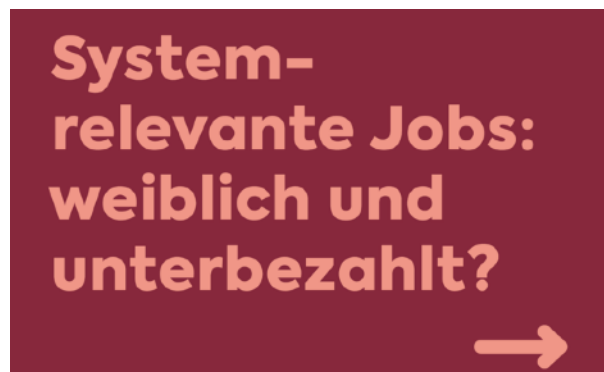
## Das Lobbyregister auf dem Weg

Die Affäre um Maskenbeschaffungen bei der Union hat gezeigt, dass wir klare und verschärfte gesetzliche Regeln in drei Bereichen brauchen: Wir müssen die Sanktionen beim Lobbyregister verschärfen und den sogenannten exekutiven Fußabdruck einführen, wir müssen die Anzeigepflichten bei Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften im Abgeordnetengesetz ausweiten, um für mehr Transparenz zu sorgen, und wir müssen Strafen für Bestechung und Bestechlichkeit im Parlament verschärfen. Denn es handelt sich hier nicht um Kavaliersdelikte, sondern um schwere Kriminalität. Keine neue Erkenntnis - allerdings bewegt sich die Union erst jetzt auf uns zu!



Nach monatelangem Ringen mit unserem Koalitionspartner um das Lobbyregister ist es uns gelungen durchzusetzen, dass Lobbyist:innen, die Kontakt zu Bundesministerien aufnehmen, sich registrieren müssen, wenn diese Kontakte Unterabteilungsleitungen, Abteilungsleitungen, Staatssekretär:innen oder Minister:innen betreffen. Kontakte zu Bundestagsabgeordneten führen ebenfalls grundsätzlich zu einer Registrierungspflicht. Dadurch wird Transparenz geschaffen. Es wird deutlich, wer Einfluss nimmt, von der Entstehung eines Gesetzentwurfs bis zu seiner Verabschiedung. Die SPD hat damit die zentrale Forderung aus ihrem Wahlprogramm umgesetzt. Mehr dazu [hier](#).

## Internationaler Frauentag, Equal Pay & Care, Frauenquote...



In den letzten Wochen gab es gleich mehrere Anlässe, sich Gleichstellungsthemen zuzuwenden: Den [Internationalen Frauentag](#), den „[Equal Pay Day](#)“ und den „[Equal Care Day](#)“. Diese drei Tage dürfen uns aber nicht dazu veranlassen, uns die restlichen 362 Tage im Jahr zurückzulehnen.

Gleichstellung muss eine bleibende Bedeutung beigemessen werden. Darum gründen wir eine Bundesstiftung für Gleichstellung und lösen ein von der SPD initiiertes Versprechen des Koalitionsvertrages ein. Die Stiftung wird sich wissenschaftlich fundiert mit der Partizipation von Frauen in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auseinandersetzen.

Um dem Anteil an Frauen mit Hochschulabschluss - ca. 53 Prozent - auch in den Führungsetagen der Top-Unternehmen - ca. 11 Prozent - gerecht zu werden, soll es künftig eine [Vorstandsquote](#) geben. Jetzt ist es wichtig, im parlamentarischen Verfahren nicht locker zu lassen.

In Deutschland arbeiten 5,7 Millionen Menschen in sozialen Berufen - 80 Prozent von ihnen sind Frauen. Gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung müssen für soziale Berufe selbstverständlich sein. Dafür brauchen wir endlich flächendeckende Tarifverträge für Pflege-, Gesundheits- und Erziehungsberufe.

## 10 Jahre Krieg in Syrien!

Seit 2011 tobt der Bürgerkrieg in Syrien. Zehn Jahre, die das Land in ein Trümmerfeld verwandelt haben. Die Lage der Zivilbevölkerung ist verzweifelter denn je. Durch die Kämpfe wurde der Großteil der Infrastruktur zerstört: Straßen, Strom- und Wasserleitungen, Krankenhäuser und Schulen liegen in Schutt und Asche. Die Vereinten Nationen warnen vor einer „Lost Generation“, denn vielen Kindern und Jugendlichen in Syrien droht aufgrund der fehlenden Bildung Armut und Arbeitslosigkeit. Seit 2012 unterstützt die Hilfsorganisation HELP e.V., Hilfe zur Selbsthilfe, die notleidende Bevölkerung. Sie engagieren sich seit jeher dafür, Menschen in Not ein Leben in Würde und Sicherheit zu ermöglichen. Mehr Informationen gibt es [hier](#).

## Spielzeug für Belarus



Mehrere SPD-Abgeordnete haben Spielzeug an die belarussische Botschaft verschickt, um auf die unhaltbaren Zustände der Oppositionellen und deren Kinder in Haft aufmerksam zu machen. Diese Inhaftierungen müssen endlich ein Ende haben.

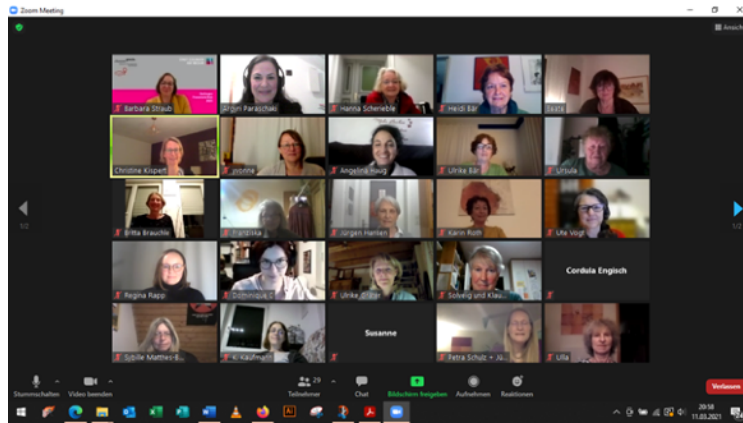
## Bürger:innenanliegen

Wann die Auszahlungen der Grundrente kommen werden, die am 1. Januar 2021 in Kraft getreten ist, war eine der aktuellen Anfragen. Die Rentenversicherung prüft automatisch, wer anspruchsberechtigt ist. Die Auszahlungen erfolgen dann ebenfalls automatisch ab Mitte des Jahres. Die SPD hat das durchgesetzt, damit rund 1,3 Millionen Rentner:innen, die 33 Jahre lang eingezahlt, aber nur geringe Ansprüche erworben haben, nicht mehr allein auf die Grundsicherung angewiesen sind.

Ein besorgter Vater meldete sich, weil an der Schule seines Kindes auch in den Ferien viele Hausaufgaben zu erledigen seien. Im Prinzip sind die Ferien dafür nicht vorgesehen. Nur weil die Kinder digital mit Lernplattformen arbeiten, heißt das nicht, dass ihnen die Ferien nicht zustünden. Schüler:innen einer 10. Klasse stellten mir Fragen zu „Grenzen des Wachstums“. Kernfrage war, ob Wohlstand nur durch immer mehr Konsum und weiteres Wachstum geht. Allein wegen der Ausbeutung der Natur und des Klimawandels müssen wir genau von diesem Ansatz abrücken. Ökologische Produktion und Landwirtschaft, bessere Arbeitsbedingungen - dafür haben wir das Lieferkettengesetz gemacht. Transport und Umweltbelastung müssen in die Preise mit eingerechnet werden. Im Klimaschutzgesetz wurde der CO<sub>2</sub>-Ausstoß, der Ausstieg aus der Atomkraft und der Kohleverstromung geregelt. Im neuen SPD Wahlprogramm ist daher der Ansatz, den wirtschaftlichen Erfolg nicht mehr am Bruttoinlandsprodukt zu messen, sondern am Wohlergehen der gesamten Gesellschaft und der Natur, ein wichtiger Schritt. Prima, wenn Schulklassen sich an diese Themen wagen und hinterfragen - denn sie sind die Konsument:innen von morgen. Ebenfalls eine Schülerin stellte mir Fragen zum Datenschutz in Bildungsinstitutionen. Die Regeln zum Datenschutz sollen den Diebstahl unserer Daten verhindern. Viele große Konzerne, meist außerhalb der EU, profitieren immens von der freiwilligen Weitergabe unserer Daten. Es ist daher richtig, dass wir bei unseren Schulen keine Ausnahmen machen und den Datenschutz im Blick haben.

Außerdem erreichten mich Fragen zu den Einreisebestimmungen in der Pandemie, zum Schutz von Kleinanleger:innen und der Novellierung der Handwerksordnung und natürlich zu den Coronahilfen in den unterschiedlichsten Branchen.

## Ein bitterer Jahrestag und Klimaschutz bei den Esslingerinnen



Vor kurzem jährte sich zum zehnten Mal der Tag der Katastrophe von Fukushima. Dieses Ereignis von 2011 führte dazu, dass die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung den Ausstieg aus der Kernenergienutzung zurückgenommen hat. Heute sind wir weltweit das einzige Land, dass gleichzeitig einen Atomausstieg und einen Umbau von fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Energien stemmt. Schlimm, dass diese schwarz-gelbe Rolle rückwärts und der dann notwendige Schnellausstieg uns nun weitere 2,4 Milliarden Euro an Schadensersatzzahlungen kosten wird. Wären CDU/CSU und FDP beim rot-grünen Ausstieg geblieben, hätte uns das viel Geld gespart. Man darf sich da durchaus aufregen und daran erinnern!

Im Rahmen der Esslinger Frauenwochen diskutierte ich passend zu diesem Jahrestag zum Thema „Klimaschutz braucht unser ganzes Potenzial. Jetzt erst recht!“. Wir hatten eine lebhafte Diskussion über bundespolitische Rahmenbedingungen, Klimaschutzmaßnahmen in den Kommunen und natürlich auch darüber, was jeder einzelne von uns für den Klimaschutz tun kann. Zwar will eine große Mehrheit der Bevölkerung mehr erneuerbare Energien, bei konkreten Projekten vor Ort regt sich jedoch zunehmend Widerstand. Hier gilt es, ein besseres Miteinander bei Planung und Umsetzung zu finden. Denn nur gemeinsam können wir die große Aufgabe bewältigen.

## Faire Verträge und neue EU-Vorschriften

Wir wollen, dass Verbraucher:innen beim Abschluss von Verträgen besser geschützt sind. Diese Woche ging der Gesetzentwurf für [faire Verbraucherverträge](#) in die erste Lesung. So sollen telefonisch aufgedrängte Verträge verhindert werden. Strom- und Gasverträge müssen künftig in Textform geschlossen werden. Ungewollte Anbieterwechsel auf Grund von Telefonwerbung werden so verhindert. Bei Abo-Verträgen wird es für die Kund:innen Verbesserungen bei Vertragslaufzeiten und Kündigungsfristen geben. Im parlamentarischen Verfahren setzen wir uns für weitere Verbesserungen ein. Überlange Vertragslaufzeiten und lange automatische Verlängerungen ziehen Verbraucher:innen Geld aus der Tasche und behindern den Wettbewerb. Auch im Sinne der Verbraucher:innen: In der Europäischen Union wird gerade ein Gesetz vorbereitet zum „Recht auf Reparatur“, damit Produkte produziert werden, die auch wieder repariert werden können, so dass sie nicht gleich auf den Elektroschrott wandern.



### Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10  
70182 Stuttgart  
Tel: 0711 - 5188 90 10  
Fax: 0711 - 5188 90 20  
E-Mail: [stuttgart@ute-vogt.de](mailto:stuttgart@ute-vogt.de)

### Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030 - 227 72894  
Fax: 030 - 227 76446  
E-Mail: [ute.vogt@bundestag.de](mailto:ute.vogt@bundestag.de)

